

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Resten die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen am unsere Geschäftsstellen in sämtlichen Kreisverwaltungen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Postfach 17, Neben-Geschäftsstellen: Große Marktstraße 52 und Markt 24. Postfach-Amts Leipzig Nr. 222 15.

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, halbjährlich 42.00 Mark, jährlich 82.00 Mark. Einmalige Belegpreise sind nach dem Inhalt der Belegblätter anzurechnen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Code-Nr. 1146, der Postverwaltung. Die unversichert eingegangenen Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck aus mit der Genehmigung des Verlegers. Halle, den 1. August 1921. Nr. 1133, der Zeitung "Abend".

Demokratie und Landwirtschaft.

Von Dr. Böhme, M. d. R.

Wohl selten ist die Haltung einer politischen Partei so unrettbar verächtlich worden, wie die der deutschen Demokraten gegenüber der Zwangswirtschaft. Von den ersten Sitzungen des Weimarer Parlaments an, wo der heutige Führer der Partei, Senator Peterlen, den Ruf nach Abbau der Zwangswirtschaft erhob, bis zur Gegenwart, da die deutschen Demokraten nahezu vollständig im Reichstage anwesend waren, um einmütig für die freie Wirtschaft zu votieren, im Gegensatz zu der überaus mangelhaften Befolgung der Bünde der Deutschnationalen, ist die Haltung der Partei völlig einmütig gewesen. Es war nie so, daß etwa die Landwirte in der Fraktion zur freien Wirtschaft drängten und andere sich dem widersetzen; die Haltung war stets eine einmütige. Es ist zwar die Angelegenheit der nicht landwirtschaftlichen Kreise über das langsame Tempo des Abbaues außerordentlich temperamentvoll in der Erscheinung. Ein Arbeiterführer war es in der Fraktion, der am frühesten und lebhaftesten die völlige Freiheit der Wirtschaft auch beim Getreibe verlangte. Eine solche Haltung war durchaus verständlich. Wer als Ständer die Notwendigkeit der freien Wirtschaft zur Wiedereingebung des Vaterlandes erkannte, aber auch weiß, daß eine Uebergangszeit mit hohen Preisen dabei nicht vermieden werden kann, ist viel freier als Verfechter dieser Ueberzeugung als derjenige, der als Landwirt das Obium zu tragen hat an der freien Wirtschaft aus materiell interessierter zu sein. Selbstverständlich besteht aber auch für ihn die Pflicht, Mitbestimmungen seiner Haltung im vaterländischen Interesse auf sich zu nehmen.

Wer für die freie Wirtschaft ist, arbeitet auf lange Sicht. Der Verfall der Wirtschaft ist deshalb am leichtesten zu vermeiden, in Auseinandersetzungen mit Verfechtern der Zwangswirtschaft, auf die Senkung der Butterpreise und ähnliche Erscheinungen bei Freigabe der Wirtschaft für einzelne Produkte hinzuwirken. Das kann gelegentlich zutreffen, daß sie und da sofort bei Freigabe eines Produktes eine Preislenkung stattfindet, besonders, wenn es ein mehr entbehrliches Erzeugnis ist, das überdies schon vor dem Kriege überwiegend im Inlande erzeugt wurde. Im allgemeinen wird aber ein Staat, der allein an Produktions- und Futtermitteln in Friedenszeiten im Inlande eine Versorgung von 10 Millionen Köpfen hat, der Verfall der landwirtschaftlichen Ueberseesgebiete verloren hat, und dessen Volk sich nicht leisten kann, die in den entbehrlichen Warenprodukten solange haben, bis entweder die Balance eine andere wird, oder die heimische Produktion zur Deckung ausreicht. Da die Verpflichtungen an den Weltmarkt eine durchgreifende Besserung der Balance völlig ausschließen, so bleibt die Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugung allein übrig. Sie ist schließlich der deutsche Rettungsanker neben der Kohlenproduktion. Gelingt es, die Einfuhr an ausländischen Nahrungsmitteln und Genussmitteln, sowie an lebenden Tieren, die 1913 über 3 Milliarden Goldmark betrug, im wesentlichen durch einheimische Erzeugnisse zu ersetzen und daneben die früher vorhandene landwirtschaftliche Ausfuhr wieder in die Wege zu leiten, dann sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu einem großen Teil überwunden.

Doch dies ist bei weitem die Intention der Landwirtschaft möglich ist, ergibt sich aus zwei Tatsachen: der verschiedenen Erträgen, die auch heute noch bei Wirtschaften derselben Bodenqualität und gleichzeitigen Bedingungen erzielt wurden, und der Tatsache der gemäßigten Steigerungen der Ernteerträge innerhalb der letzten 35 Jahre vor dem Kriege. Die amtliche Statistik gibt pro Hektar für das Jahr fünf 1900 bis 18 gegenüber dem Jahresfünft 1978 bis 83 beim Roggen einen um hundert Prozent höheren Ertrag an; bei den anderen Getreidearten und den Kartoffeln nur wesentlich geringere Steigerungen. Wir wissen, daß die Fixen der Ernteerträge absolut, viellecht nicht relativ, in der Steigerung übertrieben sind. Das eine ist aber unbestreitbar: eine Steigerung um 25 bis 50 Prozent ist sehr wohl denkbar, wenn alle geeigneten Maßnahmen getroffen werden.

Die wichtigsten Kriebsfehler für die Wirtschaften, wie sie nun einmal sind, liegt unter allen Umständen das eigene finanzielle Interesse. Das Dämmnis ist unter den heutigen Umständen eine Politik des Neides gegenüber der Landwirtschaft. Am die 10 bis 17 Rübige Arbeit bei gläubiger Sonnenhitze der Städter den Kleinbauern weniger beizubringen. Es ist kein unregelmäßiges Interesse, wenn er die intensive Wirtschaft auf dem Lande, geringere Erträge, damit Verminderung der Produktionskosten des Jenters Getreide möglich macht. Das ist Politik auf lange Sicht; die Mitbestimmungen angelegt sein mag, die aber trotzdem für die Haltung der Deutschen demokratischen Partei entscheidend war. Bestig bedarf war die Demokratischen Partei führend im Kampf gegen die Zwangswirtschaft.

Die Einstellung der Getreideumlage.

In diesen Tagen wird der einzelnen Landwirten ihr Befreiungsfähigkeit für die Getreideumlage ausgeführt. Diese Umlage ist bekanntlich der Höhe der Ertrags und nach der Zahl der Familienmitglieder in jedem einzelnen Betrieb. Es kann also auch bei den kleineren Betrieben leichter Größe und gleicher Behaglichkeit ein verhältnismäßig höherer Ertrag erzielt werden, sobald die Familiengröße des Bauers oder Bauers eine verhältnismäßig ist. Diese Art der Verteilung ist nicht in dem Willen der einzelnen Betriebe oder Betriebe gestellt, sondern beruht auf unabweisbarer Gerechtigkeit. Der Verteilungsbefehl kann bei innerhalb 14 Tagen nach Erhalt des Beschlusses über seinen Inhalt noch unge-

rechtliche Befreiung beschwerdeführend an den Vorsitzenden des Kreisamtes zu wenden. Die Beschwerte hat aber keine aufschiebende Wirkung. Betriebe mit nicht mehr als einem Hektar Getreideanbaufläche (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) sind von der Umlage völlig befreit.

Zur Verhaftung des Abg. Ertelenz.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Ertelenz, Vertreter des Wahlkreises 20 (Düsseldorf D), ist am Sonntagmorgen von der französischen Besatzungsbehörde in Düsseldorf verhaftet worden. Gründe wurden nicht mitgeteilt. Es heißt, daß die Post des Abgeordneten vier Wochen lang übermachtet worden ist. Die Besatzungsbehörde hätte die Postüberwachung gar nicht nötig gehabt, denn der Abg. Ertelenz hat in seinem Auftreten innerlich und äußerlich des Reichstags nicht einen Hehl daraus gemacht, daß er die Interessen der linksrheinischen Bevölkerung mit allem Nachdruck vertritt. Das er sich dabei immer in den Grenzen des Rechts bewegt hat, ist selbstverständlich. Die sogenannten Gründe seiner Verhaftung müssen also so fadenförmig sein, daß sie gar nicht erst mitgeteilt werden können. Aber selbst wenn sie eben so fadenförmig wären, wie sie es sicher nicht sind, müßte mit allem Nachdruck dagegen protestiert werden, daß die französische Besatzungsbehörde die Immunität eines deutschen Reichstagsabgeordneten völlig mißachtet. Wir haben zwar aus neuester Zeit schon genügend Beweise für diese Tatsache aus Oberhessen; aber dort wurden sie, wenn auch nicht entschuldbar, so doch halbwegs begreiflich aus der Erregung des Landes und der Bevölkerung. Im Rheinland liegen die Verhältnisse anders. Hier wird die Verhaftung zur Provoation. Schon aus diesem Grunde war nicht daran zu zweifeln, daß es dem Reichspräsidenten und dem Auswärtigen Amt mit energischen Vorstellungen nach gelingen werde, die nach deutschem Recht verfassungswidrige Verhaftung des Abgeordneten Ertelenz rückgängig zu machen. Die Haftentlassung ist ja dann auch Sonntagabend erfolgt.

„Belehrung“, nicht Verhaftung!

Nach einer neueren Meldung wurde Reichstagsabgeordneter Ertelenz vor die französische Besatzungsbehörde gebracht, wo ihm der Zivilkommissar erklärte, er habe den Auftrag, ihn wegen Anfangs Juli veröffentlichter Zeitungsartikel über die Höhe des besteuerten Gebietes zu belehren. Die Belehrung entzifferte sich u. a. auf die Mitteilung, daß die Behauptung, die Arbeitslosigkeit am Rhein sei infolge der Sanktionen entstanden, falsch sei, was sich schon daraus ergebe, daß in allen Staaten Arbeitslosigkeit herrsche. Auch andere Angaben von Ertelenz wurden als nicht zutreffend dargestellt, der z. B. behauptet, die Besatzungsgruppen hätten keine 400 Wohnungen in Düsseldorf benötigt. Hinsichtlich der erfolgten 83 Ausweisungen wurde mitgeteilt, daß nur 19 davon auf politische Gründe zurückzuführen, die anderen aber im Grunde der Verhaftung seien. Der Kommissar behauptete auch, daß u. a. u. a. eine Verhaftung des Abgeordneten stattgefunden habe; er sei lediglich abgeführt worden, zu erscheinen. Durch Gegenüberstellung mit dem früheren der Geheimpolitik wurde festgestellt, daß dieser die Verhaftung ausdrücklich ausgeprochen hat. Schließlich wurde der Abgeordnete entlassen, nachdem der Kommissar erklärt hatte, es handle sich um einen jungen Beamten.

Vereinfachung der Verwaltung.

Der preussische Minister des Innern Dominicus hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister am 30. Juni d. J. folgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet: In den unteren Bundesstellen vom 17. Juli 1910 beauftragten „Grundzügen für eine vereinfachte Geschäftsordnung der Regierung“ war vorgesehen worden, daß einfache Bescheide und Schreiben von den Expedienten dergestalt abgehandelt werden dürften. Der Zweck war, auch den mittleren Beamten zu selbständigerer und verantwortlicherer Arbeit heranzuziehen. Von dieser Ermächtigung ist bisher in zu wenig Fällen Gebrauch gemacht worden. Im Interesse der Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges und zur Erhebung des Verantwortlichkeitsgefühls und der Dienstfertigkeit der Beamten ermächtigen wir Sie hierdurch, geeigneten Bürobeamten in möglichst weitgehendem Umfange die selbständige Bearbeitung und Zeichnung laufender Geschäftssachen von nicht grundsätzlicher Bedeutung zu übertragen. Da Ihnen selbstverständlich die Verantwortung für den ordnungsmäßigen Geschäftsgang verbleiben muß, sehen wir davon ab, ins einzelne gehende, allgemeine Bestimmungen darüber herauszugeben, aberlassen es vielmehr Ihnen, je nach der Art der Arbeitsgebiete, Bürobeamte, die sich längere Zeit heranzuziehen bedürftig haben und gegen deren Verwendung keine Bedenken bestehen, mit der selbständigen Erledigung und Zeichnung übertrifft zu betrauen. In Betracht kommen grundsätzlich nur planmäßige, regelmäßige Beamte (Regierungssekretäre). Hierbei kann es sich entweder um ganze Arbeitsgebiete einfacher Art oder um bestimmte Geschäftssachen aus einzelnen Referaten handeln. Es wird in jedem Falle insbesondere auch zu prüfen sein, wie weit nach den geltenden Bestimmungen überhaupt eine Übertragung an die Bürobeamten möglich ist. Wir ermächtigen Sie ferner, die Vertretung der Referenten im Falle ihrer Verhinderung besonders befähigten und durch langjährige Arbeit der Sache dienlichsten Bürobeamten zu über-

tragen. — Diese Vereinfachung der Verwaltung kann, wenn die richtigen Folgerungen aus sich selbständige Tätigkeit um solchen Vertretungen gezogen werden, ein Schritt weiter auf dem Wege der Demokratisierung der Verwaltung sein.

Ein Nasenstüber.

Der „Volkswille“ in Hannover bringt in seiner Nr. 172 einen Bericht über die Generalsammlung des Disziplinarsenats Hannover der E. P. D., demzufolge ein Bescheid gefaßt wurde, in dem die Teilnahme der losgelassenen Bürgervertreter und Senatoren an dem sächsischen Festspiele und am offiziellen Essen möglichst wird. Dieser Bescheid indert gegen nicht nur gegen die Gemeindevorsteher, sondern indert gegen Überprüfungen Kasse, der ebenfalls an diesen Festspielen teilgenommen und dabei sogar eine Ansprache gehalten hat, in der er wünschte, daß jeder in Deutschland die Wästel handy haben möchte und daß, wie in Tirol, jede Gemeinde ihren Schützenstand hätte. In merkwürdiger Gegensatz zu der etwas spärlichen Beurteilung der Magistratsmitglieder steht die gleichzeitige Ablehnung eines Antrags, welcher der preussischen Landtagsfraktion die Billigung ihres Verhaltens beim Nichttreten in die Regierung aussprach. Auch der losgelassenen Disziplinarsenat hat dieser Tage seine Billigung über den Nichttritt der Sozialdemokratie in die preussische Regierung ausgesprochen. Der Wörtliche Parteiliste wird nun wohl Farbe bekennen müssen.

Die Beilegung des englisch-französischen Zwistes.

Konferenz des Obersten Rates am 8. August.

Wie Havas meldet, hat der englische Botschafter in Paris amtlich die Annahme des Kompromisses durch seine Regierung bestätigt, das einen Kompromiss durch die Regierung bestätigt. Der Oberste Rat wurde also am 8. August in Paris zusammengetreten. Lord George wurde der Sitzung persönlich beizumischen. Belgien wurde eingeladen werden und Amerika wurde einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Die Konferenz wurde in erster Linie die Frage der zwei Oberstleuten zu entscheidenden Beratungen sowie die Teilung des Abstimmungsgebietes zu regeln haben. Die Kriegsschuldfrage wurde wahrscheinlich auch geprüft werden. Die Frage der Reparationen wurde in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich nicht ins Auge gefaßt werden, da die alliierten Finanzminister gleich nach der Konferenz gewisse technische Fragen zu regeln hätten, wie die Verteilung der bereits von Deutschland gesapften Entschädigungssumme, der Bezahlungskosten und so weiter. Ein Hauptpunkt, die Aufrechterhaltung der drei Londoner Sanktionen, Belegung von Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf, die Zollgrenzen am Rhein und die Ausfuhrabgabe wurde bestimmt angeordnet werden, doch gehe die allgemeine Meinung dahin, daß Entschädigungen darüber der Garantienkommission überlassen werden sollen, die die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen hat.

Konferenz meldet: Bei der Entfaltung eines Kriegereignisses in Dammage lagde Premierminister Lloyd George, er glaube, daß Frankreich und England auf dem besten Wege zur Verständigung seien. England erkenne an, daß Frankreich die größeren Opfer gebracht habe. Seine direkten Interessen müßten Berücksichtigung finden. Das britische Reich habe nur das eine Interesse, daß der so teuer erkaufte Friede ein wirklicher Friede werde und daß wir unseren Kindern nicht das Vermächtnis eines konzentrierten Hales hinterlassen.

Das „Journal des Debats“ spricht in seinem gestrigen Leitartikel über die französisch-englischen Verhandlungen und meint, von beiden Seiten sei die Angelegenheit falsch eingeleitet und falsch geführt worden. Das englische Kabinett habe niemals eine Anstrengung gemacht, die sehr ersten französischen Motive zu verstehen. Aber auch Frankreich habe mit weniger Angehörigkeit gehandelt. Die Dinge seien ernst gewesen. Wenn aber der Oberste Rat einmal verstanden sei, dann werde sich ein noch unannehmerer Konflikt herausbilden. Um eine gerechte Lösung herauszufinden, müsse man die Schwierigkeiten schon jetzt ins Auge fassen. Die britische Regierung wolle nicht ins Auge fassen, daß die britische Regierung wohl Deutschland fast ganz Oberstleuten übertragen. Das würde eine Ungerechtigkeit gegenüber Polen sein. Ueber diese Frage drohe der gefährlichste Konflikt.

Die sachliche Differenz besteht weiter.

Das „Journal des Debats“ spricht bei einer Betrachtung über das englisch-französische Kompromiß in der Frage der Entsendung von Truppenverpflichtungen von einem provisorischen Abkommen. Man müsse sich nicht, dieser Verständigung eine Bedeutung zu geben, die sie nicht habe. Viele Zeitungen scheinen zu glauben, daß die Entente aus dieser Krise gekürzt hervorgehe. Das sei unglücklicherweise nicht der Fall. Je mehr man für die Wiederherstellung einer Union zwischen Frankreich und Großbritannien sei, um so mehr müsse ein vollkommener Frieden zu der Regel werden, denn die mehr oder weniger unrichtigen Willküren führen zu immer neuen Verständnissen. Die Engländer letzten vierzehn Tage habe Zeugnis für den gelunden Bestand der Staatsmänner abgelegt. Diese mündlichen gegeneinander wie zinsaffäre Fraktionen-

Wörter in einem Parlament, und da sie des Krieges überdrüssig seien, hätten sie sich auf einer mittleren Formel geeinigt, wie man das bei einer Debatte tue, deren Ende nicht abzusehen sei, was man eine Tagesordnung annehme, die nicht beendet. Das sei kein Grund zum Entschlusse. Der Gegenstand des Streitiges, die Frage der Verklärung sei nicht geregelt. In Westfalen habe der Oberster recht, der heute lauge, es habe sich ein tiefer Konflikt gesetzt in den Ansehen, in den Wünschen, ja sogar in den Interessen. Es zeigt sich eine große Differenz in der Politik, ja bis zu einem gewissen Grade ein direkter Konflikt.

Der „Temps“ sagt: Die Ereignisse geben der Politik Recht, die es sich zum Grundgesetz macht, eher an das zu denken, was ein und nicht an das, was kommt, all jener Politik die Ministerpräsident Briand angewendet habe, als er nach Paris zurückgekehrt sei. Die französische Lehre sei, daß man Außenpolitik nicht wie einen Krieg noch nach Art einer Polemik führen könne. Die französische Diplomatie könne ihre Rechte nicht geltend machen, indem sie plädiere, denn zwischen den Völkern gebe es keine Gerichte, die Recht sprächen, noch Gendarmen, die Befehle ausführen könnten. Man müsse jedem seine Materie überlassen. Der Diktator dürfe nicht in die Angelegenheiten der Unterworfenen handeln. Das Wort macht auch darauf aufmerksam, daß der französische Volkstier in London vor acht Tagen am Quai d'Orléans auf die Stimmung in England aufmerksam gemacht habe. Als man ihm dann Befehle erteilt habe, hätte man darauf Rücksicht nehmen können. „Temps“ tritt dafür ein, daß man bei der Beratung des Obersten Rates nicht über die oberflächliche Frage hinaus gehe und daß man in der jetzt beginnenden Woche jede Indisposition und jede Unzuverlässigkeit, die in der Bestimmungsgeschichte der Kräfte herbeiführen könnte, wenn man die Frage der Sanktionen betrachten wolle, was Frankreich keineswegs zu verhindern suche, müsse man sie einer Instanz unterbreiten, die nicht politischen Erwägungen ausgelegt sei. Das sei der Garantieschluß. Er sei besonders kompetent, über die Maßnahmen zu beraten, die die Reparationszahlungen garantieren könnten.

Der Schritt in Berlin.

Wie Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Briand gleich nach Erhalt der englischen amtlichen Mitteilung dem französischen Volkstier in Berlin Beschlüssen zugestimmt und ihn ersucht, sich seinem engländer und italienischen Kollegen über einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu verständigen, um ihr mitzuteilen, daß sie auf jede Weise die Beförderung alliierter Truppen durch Deutschland erleichtern möchte, deren Entsendung die Lage in Oberitalien jeden Augenblick nötig machen könne. Es sei wahrscheinlich, daß dieser Kollektivschritt heute am Montag unternommen werde.

Ein englischer Teilungsvorschlag.

Die Sachverständigen letzten in Paris ihre Beratungen über die oberflächliche Frage fort. Sie prüften den polnischen und deutschen Vorschlag, ebenso den Vorschlag des Generals Le Nord, den Vorschlag von Percival und endlich den Vorschlag des Grafen Sgora. Die französischen Vertreter fragten die italienischen Vertreter, ob diese ihre Vorschläge aufrechterhielten. Der italienische Vertreter Garbasso antwortete, daß das Projekt des Grafen Sgora vorgezogen werden möge, daß die italienische Abordnung geneigt sei, in einem etwaigen englischen Vorschlag zuzustimmen. Am der Tat letzten die Engländer einen neuen Plan für die Teilung Oberitaliens vor, demzufolge Polen die Kreise Gdynia, Plesch, außerdem die Kreise Kasenburg und Lublin erhalten sollen, während das Industriegebiet bei Deutschland verbleibt. Die Franzosen erklärten, daß sie am nächsten Montag ebenfalls ein Projekt vorlegen werden. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Sachverständigen gewillt sind, sich auf ein Projekt zu einigen.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Dienstag, 2. August: Die Verwehrt. Ein rechtschändlicher Roman von Siebald Hill. — Der Tausendhändler. Von Hans Kannel. — Medizinische Umschau. — Keine Wertarbeit. — Rente Zeitung. — Literatur.

Das moderne Island.

Von unserem dänischen Korrespondenten

Kopenhagen, Juli 1921.

Der Besuch des dänischen Königs auf Island war für die Insel am eisersten nicht nur ein nationales Ereignis, sondern auch eine große politische und wirtschaftliche Persönlichkeit, die nicht nur den Inseln, sondern auch der Welt, ein Beispiel vorleben sollte. Die Hauptstadt der nordischen Länder, eine Unterweltung, fast unbedeutend vor dem übrigen Europa, eine Entzweiung, eine, wie man sie anderswo findet. Am Ende des vorigen Jahrhunderts noch ein kleines Dorf, hat sie die meisten dänischen Provinzen überflügelt. Sie ist heute an Einwohnerzahl die vierte Stadt Dänemarks, an Bevölkerung aber kommt sie gleich nach Kopenhagen. Als Königin Christian IX. 1874 in Reykjavik landete, waren die Häuser des Dries aus Granit gebaut und mit Glas bedeckt. Heute, wo der Entel Jensen, der X. Christian, die Hauptstadt des freien Landes beherrscht, findet er dort eine geordnete Hauptstadt mit Regierungsbüro, ein Parlament, Kirchen, Universitäts, Schulen, Bibliotheken, Sammlungen und Hospitäler, kurz allem, was eine europäische Hauptstadt aufzuweisen hat. Die Zeit der kleinen, luftigen trüben Städte ist vorbei. Automobile fahren durch die Straßen der Stadt. Die oberirdischen Kräfte, die von Schiffen bis zu Konflikt und Demonstrationen alle möglichen, hat moderne Spezialgesellschaften gewöhnt. An der Küste ist die einzige große Handelsstadt des nordischen Atlantik, an dessen Quale und Wäldern große Dampfer gelistet und verladen werden und daneben der Hafen für die Schiffe und Motorboote, von dem Reykjavik mehr als andere dänische Städte behält. Reykjavik hat nicht jenseits provinzielle Gefühle der mittleren dänischen Provinzstädte und wenn es auch an Umfang kein ist, so ist doch das Leben hier ganz wie in einer großen Stadt auf dem Kontinent.

Seitdem Island seine eigene Verfassung hat und nur noch durch eine Verankerung mit dem Mutterlande verbunden ist, macht sich in Politik und Wirtschaft ein lebendiger Unternehmungsgeist bemerkbar. Die Unfreiheit der früher dem angeführten politischen Verhältnisse zu Dänemark entpinn, ist gemindert. Seitdem Christian X. die isländische Verfassung bestätigt hat, heute sind die Inseln mit ihrer politischen Lage zufrieden und mit aufrichtiger Freude haben sie darum den König, der jetzt der eigener König ist, bei sich begrüßt. Die englisch-amerikanische Propaganda, die während des Krieges so viel an sich haben möchte, die für die Förderung eines politischen Anschlusses an England im Interesse eines gewissen Widerstand, ist heute demüht verstummt. Wie in den Straßen der Stadt hat es heute

Polnische Drohungen.

Die Telegraphen-Union verbreitet eine Warschauer Meldung, die sich mit Erklärungen des polnischen Ministerpräsidenten in der Sitzung des Sejm befaßt. In Beantwortung einer Interpellation erklärte der Ministerpräsident, daß der augenblickliche Stand der oberflächlichen Angelegenheit nicht dazu angetan sei, Polen zu betriebligen. Wenn der Oberste Rat in seiner Sitzung vom 4. August eine Entscheidung treffen wolle, die den Bestimmungen des Verfallers Vertrages zuwiderlaufe und die polnischen Interessen gefährde, sehe sich die polnische Regierung genötigt, sich hinsichtlich der Erfüllung der Entscheidung des Obersten Rates über Oberitalien freie Hand vorzubehalten.

Vertagung der Abrüstungskonferenz

Der Berichterstatter der „New York Tribune“ teilt mit, daß der britische Vorkämpfer und sein japanischer Kollege dem Staatsminister Hughes einen Besuch abgelehnt haben, um ihn zu ersuchen, die vom Präsidenten Harding bezeichnete Konferenz zu vertagen. Die Konferenz werde vielleicht bis zum Frühjahr aufgehoben werden.

Das Danziger Staatseigentum.

Die Internationalisierte Kommission zur Verteilung des ehemaligen deutschen Reichs- und Staatseigentums in Danzig hat am Sonnabend über den größten Teil der zu verteilenden Anlagen ihren Spruch gefällt. Danzig wurden zugewiesen: das unbebaute Gelände am Karrenwall, in der Nähe des Peterbahner Bahnhofs, die Kreisfeste, das Gymnasium Weidenstraße mit Direktor-Wohnhaus, das Kronprinz-Wilhelm-Gymnasium mit Direktor-Wohnhaus, das Lehrer Seminar, Quarantänestationen in Neufahrwasser, Einlage, Platenhof, das Zentralgefängnis mit Wohnhäusern, drei weitere Wohnhäuser, die Reichsgebäude in Zoppot und Tiesenhof, das Polizeipräsidium mit Nebengebäuden, Gendarmenquartier in Meisterwalde, Statthof, Sobbowitz, das Stadttheater, das alte Zeughaus, die Postgebäude Langgasse 22 bis 25, Landwehr, Hauptstr., Zoppot, Tiesenhof und in einer Anzahl von Landgemeinden. Ferner ist der freien Stadt Danzig die Technische Hochschule unter Bedingungen zugeweiht, die in einem Abereinkommen zwischen dem polnischen Vertreter Minister v. Wadowski und dem Danziger Vertreter, Präsident Sahm niedergelegt sind.

Polen wurden die Wälfenbestände, das Gerät und das Wertgerät, das sich in der Danziger Gewerkschaft befindet, in seinem gegenwärtigen Zustande zugewiesen. Polen hat die ihm zugewiesenen Wälfenbestände, Geräte und Wertgeräte sobald als möglich auf polnisches Gebiet abzurufen. Vereinbarungen, die den Abbau des Geräts, den Abtransport und die Beförderung betreffend, sollen zwischen Polen und Danzig getroffen werden. Die Danziger Gewerkschaft ist mit dem heutigen Tage geschlossen worden. Dies geschah auf Grund eines Befehls des Völkerrats. Durch diese Schließung erwacht der freien Stadt ein Schaden, der in die Millionen geht, da die halbfertigen Aufträge der Gewerkschaft nicht zu Ende ausgeführt werden können. Außerdem werden 13000 Arbeiter und Angestellte betroffen.

Während des Königs Besuch neben dem isländischen Kreis im Haupte (der isländischen Nationalflagge) auch der dänische Deneberg wehte, so wollen die Isländer ein autonomer Schiedsrichter Dänemark bleiben. Königin Christian begrüßte die Deputation auf isländisch und die Wörtführer des isländischen Volkes sprachen meistens dänisch mit ihrem König.

Während des Aufenthalts wurde das neue Elektrizitätswerk in Reykjavik eingeweiht und gleichzeitig eine landwirtschaftliche Ausstellung veranstaltet. Damit zeigte man dem König die wirtschaftliche Arbeit, die im letzten Jahrzehnt geleistet worden ist. Island trüben aber auch auswendig jene ökonomische Krise, in welche die isländische Wirtschaft als Baltischen Länder verfiel. Mit dem König war der Direktor der Staatsgüterverwaltung Andersen in Island, um die Lage der Banken zu unterreden. Nach längeren Verhandlungen wurde ein Abkommen erzielt, nachdem die dänische Staatsbank die isländischen Banken durch ein Darlehen von zehn Millionen Kronen stützt. Die Lage des isländischen Außenhandels war in den letzten Monaten sehr schwierig, weil Lieferungen ins Ausland für eingetragene Ware kaum möglich waren und dadurch ein gefährliches Stillstand im ganzen Handelsleben eintrat. Das neue Elektrizitätswerk, dessen größter Dynamo vom Könige selbst zum ersten Mal in Betrieb gesetzt wurde, beweist jedoch, daß genügende wirtschaftliche Zukunftsmöglichkeiten in Island schlummern. Das Elektrizitätswerk wird von Landwirten getrieben, deren Wasserkraft aus dem verhältnismäßig kleinen Eldfjörum fließt. Das ist ein nicht unwichtiges Moment, da es sehr leicht möglich, die Elektrizität zur Hälfte des früheren Preises zu liefern. Die Ausnutzung der Wasserkräfte steht unter den wirtschaftlichen Fragen in Island an erster Stelle. Das neue Elektrizitätswerk nicht nur einen kleinen Bruchteil der Kraft aus, die in den gemäßigten Breiten der Welt erzeugt wird. Es sind in den letzten Jahren zwei große Wasserkräfteprojekte geplant worden, eine dänisch-isländische und eine norwegisch-isländische. Sie haben Konzeptionen für Wasserfälle erhalten, deren Energie um Millionen Hektowatt berechnet wird. Das große isländische Städtchen kann jetzt das ganze Jahr über Elektrizität brauden und dadurch die Landwirtschaft in ganz neuem Leben lenken. Tatsächlich wurde ein Plan entworfen, nach dem Island in den nächsten Jahren über so viel Elektrizität verfügen wird, wie es Überflüssig nur gebrauchen kann. Am isländischen Island liegt ein Gebiet von der Größe Westfalens, das nur auf Kanarien und Anwendung moderner Betriebsmethoden wartet, um eine rationale Ausnutzung zu finden. Die Voraussetzungen dafür ist eine Eisenbahnverbindung nach der Küste, damit Fleischprodukte ausgeführt werden können und die Zufuhr von Futtermitteln gesichert ist. In 7-8 Monaten des Jahres können die reicher werden eine fast unbegrenzte Anzahl Vieh verfügen, aber für die Wintermonate läßt sich wegen der großen Entfernungen und mangelhaften Verbindungen nicht die nötige Menge von Futtermitteln beschaffen.

Doch an sich die isländische Landwirtschaft auf seinem niedrigen Niveau zu halten, ist eine große Aufgabe, die im Anfang des Königs Besuch eröffnet wurde. Es ist dies die erste Aufgabe dieser Art auf der Insel und sie zeigt, daß die Bauern

Deutsches Reich.

Unter dem Sloganswort „Nie wieder Krieg!“ wurde im Berliner Luftgarten eine riesige Kundgebung der Wehrheitsgesellschaften, der Unabhängigen, der Gewerkschaftsorganisationen, des Friedensbundes der Kriegesopfer und weiterer freigelegter Organisationen veranstaltet. Einmal dreihunderttausend Teilnehmer, für einen neuen Geist der Jugend freilich Kampfpolitik, für einen neuen Geist der republikanischen Staatsform. Der Kriegsgebannte mußte allgemein bekämpft werden. Das Wichtigste ist die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, der Munitionsherstellung und der Waffentransporte. Die Reden fanden draußen bei weitem den besten Erfolg. Die Kundgebung wurde von etwa dreihundert deutschen Orten sowie in England, Frankreich und Amerika veranstaltet worden.

Das Reichskommissariat für die Rheinlande. Wie „Journal des Debats“ mitteilt, hat die Volkshauskommission für den Rheinlande auf die deutschen Regierung das Recht sozialisieren für die Rheinlande von Staat zu erteilen, antwortet, daß die Einlegung eines Reichskommissars nicht durch die Rheinlande, die dem Friedensvertrag beigegeben sei, vorgezogen sei. Die alliierten Regierungen würden die Ernennung eines neuen Kommissars nur unter der Bedingung prüfen, daß die deutsche Regierung die Verifizierung gebe, daß der neue Kommissar sich einer Disziplin unterwerfe und mit der alliierten Rheinlandkommission zusammenarbeiten werde.

Auslands-Rundschau.

Vom neuen Orientkrieg. Nach einer Meldung des Befehlshabers des griechischen leichten Geschwaders wurde ein türkischer Dampfer, der 700000 Drachmen in Bargeld und Waren im Werte von 800000 Drachmen an Bord hatte, als gute Beute erbeutet. Wie weiter berichtet wird, hat die über die türkische Küste am Schwarzen Meer verhängte Blockade auf die Türken entmutigend gewirkt. So hätten griechische Schiffe gegenüber Danien den Kanonen vom Samrun durchschlagen und in Ordu sogar Marinebomben gelandet, ohne daß die Türken von ihren Schiffswehren Gebrauch gemacht hätten.

Provinzial-Nachrichten.

Zusammenbruch des Landarbeiterstreiks.

Revis, 1. August. (Drahtbericht.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist der Landarbeiterstreik im Kreise Leiniz zusammengebrochen. Der größte Teil der ausländischen Landarbeiter hat bereits die Arbeit wieder aufgenommen. Es ist dies dem sofortigen und tatkräftigen Eingreifen der Leinizischen Nothilfe zu verdanken, durch die die Entearbeiten fast ohne Mühsal und Verzögerung allenthalben weiter fortgeführt werden konnten.

Donnauing, 30. Juli. (Prinz Oskar und Schloß Freyburg.) Das herrlich gelegene Schloß Freyburg an der Unstrut hatte Prinz Oskar von Preußen sich zum Wohnsitz auszuwählen. Er wollte die Domäne Freyburg besitzen und den Ort unter der Aufsicht des „alten Landgraf“ seine inberberstenden Gütern vor den Pfingstgenüssen, hinguikaufen. Die Bedingung hat sich nun erledigt, da der Staat dem Prinzen nicht die Räume des Schloßes bewilligte, wo sich jetzt die Wohnung des Oberförstern, der früheren Domänenpächterin und einiger Beamten befinden. Auf der geschichtlichen Stätte des Oberforstern steht jetzt ein Bergotel „zum Oberforst“, für das mit den zugehörigen Gärten ein holländischer einer enorm hohen Preis geboten hatte.

eine neue Wasserarmen. Während des Krieges ist der Weideland erheblich heruntergegangen, aber bereits jetzt beginnt man überall mit der neuen Anpflanzung. Die Isländer meinen, daß die Landwirte und die Wasserkräfte ihre beiden höchsten Kraftquellen sind, die nur erst genügend ausgebeutet werden müssen, während die Fischerei mit ihrer schwachen Ausbeute mehr den Charakter einer unfruchtlichen Spielart trägt. Reykjavik hat sich in den vergangenen Jahren des Königsbesuches kennel Naran gewöhnt, eine Hof- und Residenzstadt zu sein. Gewiß hätte es nichts dagegen, eine feste Residenzstadt zu werden und umgen hat die Stadt von ihren künftigen Gästen Wohlstand genommen.

Außenminister Dr. Rosen als Uebersetzer.

Das Anfang nächster Woche erscheinende Heft 3/4 des von Prof. Dr. Wittbold herausgegebenen „Neuen Orients“ enthält die deutsche Uebersetzung eines persischen Gedichtes von Kaiser Afscour durch den neuen Außenminister Dr. Rosen, der auch die Uebersetzer von Omar Kjaljam meisterricht ins Deutsche übertragen hat. Das Gedicht hat folgenden Wortlaut:

Der Adler.

Auf höchem Fels breitet ein stolzer Vork
Ihn Fluge aus denn mächtig Flügelbar.
Er blüht auf seiner Schwünge starke Bier:
„Die ganze Welt“ brüht er, „liegt unter mir!
Dah können mich die Menschen nicht mehr sehen,
Ich kann ein Haar aus Meeresboden erheben.
Er liegt der Welt auf Erden nur ich reg,
Wenn eine Wölke sich im Was bewegt.“
So rühmt er sich in seines Stolzigen Wille
Und denkt nicht an des Schicksalsfades Wille.
Im Hinterland war schon gelandet der Wogen;
Wie aus Berchängnis kommt auf ihn geloggen
Der Well, der Herzbruchbohrer. Das Gefieder
Blutüberströmt stinkt er zur Erde nieder.
Und wie ein Fisch am Rand, der Angel Raub,
Ist er an der Erde in des Weges Staub.
Der Fürst des Meeres: „Aber in aller Welt
Ist aus der Höhe mich so ich gefürcht.“
Er liegt der Welt auf Erden nur ich reg,
Wie hat der's nur zu solchen Flug gebracht?“
Da ruft er plötzlich: „Jetzt kann ich's beschreiben!“
Mit Ueberleben war der Welt beschien!
Der Adlers Schwünge liegen Schöpfung dem Schenit,
Den Adler stülte erst des Adlers Kraft!
Drum über das, was meine Tage fürchte
Klage ich nicht. Denn mir ist, was mich stürzt.“